

Freie Wohlfahrtspflege | Lessingstraße 1 | 80336 München

Europawahl 2009

Die Sozialpolitischen Forderungen der LAGFW

Einsatz für ein soziales Europa

Die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege Bayern (LAG FW Bayern) erwartet von der Politik ^{Datum:} zuvorderst das klare Bekenntnis zu und den überzeugten Einsatz für die soziale Verantwortung Europas. Die Europäische Union darf nicht auf eine Binnenmarkt-Funktion verkürzt werden. Sie ist auch ein Staatenbündnis, dessen Aufgabe es ist, für soziale Gerechtigkeit, Zusammenhalt, Solidarität und Sozialschutz zu sorgen, insbesondere für benachteiligte Menschen.

Sozialdienstleistungen von allgemeinem Interesse (SDAI) im europäischen Binnenmarkt

Dazu gehört eine adäquate Anpassung europäischer Regelungen auf die besonderen Anforderungen sozialer Dienste. In Bezug auf die Sozialdienstleistungen von allgemeinem Interesse (SDAI) sind unsere Kernanliegen:

Es darf keine Ökonomisierung des Sozialen durch die rein (markt-) wirtschaftliche Betrachtung der SDAI erfolgen. Binnenmarktvorschriften können auf gemeinnützig erbrachte Dienstleistungen nicht unterschiedslos angewendet werden. Der Wettbewerb muss so gestaltet sein, dass Hilfebedürftige die Möglichkeit haben, zwischen verschiedenen, hochwertigen Angeboten zu wählen. Das Vergaberecht ist aus Sicht der LAG FW dafür nicht geeignet. Das sozialrechtliche Dreiecksverhältnis dagegen sichert Wettbewerb und Wunsch- und Wahlrecht der Nutzer/innen. Die LAG FW erwartet von der CSU, sich dafür und für die wirkliche Anerkennung der freien Trägerschaft im EU-Recht und gegen einen EU-Rechtsakt zur Regelung der SDAI (Richtlinie) einzusetzen.

Die Mitgliedstaaten müssen ihre bewährten Marktordnungen im Bereich der SDAI aufrecht erhalten können. Wenn es um die Beurteilung von staatlichen Unterstützungsleistungen im Sinne des EU-Beihilferechts geht, darf es keine einseitige Berücksichtigung der aus der Gemeinnützigkeit resultierenden Vorteile geben ohne auch die damit verbundenen Nachteile einzubeziehen.



Arbeiterwohlfahrt
Landesverband
Bayern e.V.

risches
3
2



Deutscher Caritasverband
Landesverband Bayern e.V.



Deutscher Paritätischer
Wohlfahrtsverband
Landesverband Bayern e.V.

Diakonie 
Bayern

Diakonisches Werk der
Evangelisch-Lutherischen
Kirche in Bayern e.V.



Landesarbeits-
gemeinschaft der
Freien Wohlfahrtspflege
in Bayern

Lessingstraße 1
80336 München
Tel.: 089 / 54 49 7-0
Fax: 089 / 53 28 02 8
info@lagfw.de
www.lagfw.de

Bank für
Sozialwirtschaft AG
Kto.-Nr. 98 00 00 0
BLZ 700 205 00

Für verbindliche Qualitätsstandards müssen nach wie vor die Mitgliedstaaten zuständig sein. Gesellschaftliche Veränderungen, wie zum Beispiel die zunehmende Mobilität von Bürgern/innen, machen jedoch eine europäische Qualitätsdebatte notwendig. Hier erwartet die LAG FW den Einsatz für die Orientierung an bereits vorhandener „best practice“ in diesem Bereich.

Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung im Europäischen Jahr 2010

Das Europäische Jahr 2010 ist der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung gewidmet. Die LAG FW erwartet, dass sich die Politik aktiv dem Jahresthema annimmt und das Anliegen in ihre politische Arbeit einbringt.

Problemlösung im Zusammenhang mit EU-Fördermöglichkeiten

Im Bereich der Strukturfondsförderung in Bayern sind unsere Erwartungen, dass die Politik die partnerschaftliche Zusammenarbeit der ESF- und EFRE-Verwaltungsbehörden und der beteiligten Akteure bei der Programmgestaltung und Programmumsetzung unterstützt.

Notwendig für effektive und nachhaltige ESF-Projekte, insbesondere für sozial benachteiligte Menschen, ist eine „echte“ und ausreichende Kofinanzierung über Landesmittel und die Kompatibilität von Arbeitsmarktinstrumenten des SGB II mit der ESF-Förderung. Hier gibt es in der aktuellen Förderperiode einen dringenden Verbesserungsbedarf. Wir erwarten, dass die Politik Lösungen für diese Probleme entwickelt.

Bei den EU-Programmen stellen die Kofinanzierungsquoten nicht-gewinnorientierte, gemeinnützige Antragsteller vor hohe Hürden und verhindern in vielen Fällen Projekte, die benachteiligten Menschen zugute kommen würden. Unser Anliegen an die Politik ist, Abhilfe für diese Antragshürde auf EU-Ebene zu schaffen.